

DKFM. FERDINAND LACINA  
BUNDESMINISTER FÜR FINANZEN

II-2954 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Z. 11 0502/172-Pr.2/91

Wien, 15. Juli 1991

An den  
Herrn Präsidenten  
des Nationalrates

1155 IAB  
1991 -07- 17  
zu 1141 IJ

Parlament

1017 W i e n

Auf die - aus Gründen der besseren Übersichtlichkeit in Kopie beige-schlossene - schriftliche Anfrage der Abgeordneten Hermann Böhacker und Genossen vom 16. Mai 1991, Nr. 1141/J, betreffend die Errichtung eines neuen Straßenzollamtes in Salzburg, beehre ich mich folgendes mit-zuteilen:

Einleitend möchte ich erwähnen, daß der in der Anfrage zitierte Zeitungsbericht (Salzburger Nachrichten vom 10. April 1991) inhaltlich nicht richtig dargestellt ist.

Zu 1. - 12.:

Der Vertrag über die Anmietung eines Gebäudes für die Straßenabfertigung des Zollamtes Salzburg wurde am 29. April 1991 auf unbestimmte Zeit mit einer Kündigungsmöglichkeit erstmals zum 31. Dezember 1995 abgeschlossen.

Eine vorzeitige Kündigung zur Verlegung des Zollamtes vor diesem Termin könnte Schadenersatzforderungen des Vermieters in Millionenhöhe nach sich ziehen. Solange solche Schadenersatzforderungen nicht ausgeschlossen sind, könnte eine Verlegung selbst bei Vorhandensein eines bezüglich Verkehrslage und Raumnutzungskosten gleichwertigen Ersatzobjektes nicht erfolgen. Ein solches Ersatzobjekt ist mir allerdings derzeit nicht bekannt.

Beilage



BEILAGE

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Finanzen nochmals die

A n f r a g e :

- 1) Welche Voraussetzungen haben sich seit dem 12. Feber 1991 geändert, sodaß Sie nunmehr einer Verlegung des Straßenzollamtes zustimmen?
- 2) Welche Auflagen müssen erfüllt werden, damit das Zollamt verlegt wird?
- 3) Sind Sie bereit, zu diesem Zweck ein eigenes Bundesamtsgebäude zu errichten?
- 4) Wenn ja, wie hoch sind die voraussichtlichen Kosten?
- 5) Sind die entsprechenden finanziellen Mittel vorhanden?
- 6) Finden Sie den Einsatz dieser Mittel für wirtschaftlich vertretbar?
- 7) Liegen Ihnen konkrete Vorschläge über alternative Standorte vor?
- 8) Wenn ja, welche?
- 9) Wie lange würde es aus Ihrer Sicht dauern, bis ein alternativer Standort bezugsfertig ist?
- 10) Welche Mehrkosten würden durch eine Verlegung entstehen?
- 11) Sind Sie bereit, mit Vertretern der Bürgerinitiative und den betroffenen Bürgern in Salzburg in eine Diskussion einzutreten?
- 12) Wenn ja, sind Sie bereit, den unterzeichneten Abgeordneten einen diesbezüglichen Termin vorzuschlagen?